familienfreundlich diemelstadt wirtschaftsstark

STADT DIEMELSTADT

Neun Orte - eine Diemelstadt



Rede von Bürgermeister Andreas Fritz zur Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2027

Diemelstadt, den 12.11.2026

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Stadtverordnete, Magistratsmitglieder,
Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen, liebe Gäste,
sehr geehrte Damen und Herren!

Der guten Diemelstädter Tradition folgend darf ich Ihnen in der Novembersitzung den Haushaltsplan 2027 vorstellen - zu einem Zeitpunkt, an dem wir nicht nur Bilanz ziehen, sondern vor allem den Blick nach vorn richten **müssen,** muss ich dieses Jahr leider sagen. Ich bitte daher heute etwas länger um Ihre Aufmerksamkeit und Geduld. Zum einen, da ich den neuen Stadtverordneten gerne etwas ausführlicher die wesentlichen Punkte des Haushaltes näherbringen möchte und zum anderen, da schlechte Nachrichten und deren Hintergründe erklärt werden wollen.

Ein Haushalt ist weit mehr als ein Zahlenwerk aus Erträgen, Aufwendungen, Investitionen und Kreditermächtigungen. Er ist Ausdruck unserer politischen Zielsetzungen, unserer gemeinsamen Verantwortung und der Frage, wie wir die Zukunft unserer schönen Stadt gestalten wollen. Dessen sind sich meine Verwaltung und ich vollkommen bewusst und wir würden Ihnen gerne gute Kunde tun, doch leider ist die Einbringung dieses Jahr von einigen Molltönen begleitet.

Der Haushalt 2027 steht erneut im Spannungsfeld zwischen notwendigen Investitionen, steigenden Kosten und Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge und der Verpflichtung zu einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Haushaltsführung. Die finanziellen Spielräume der Städte und Gemeinden bleiben begrenzt, während die Aufgaben und Erwartungen an die kommunale Ebene weiter zunehmen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach wie vor von Unsicherheiten geprägt. Preissteigerungen, hohe Kosten in zahlreichen Aufgabenbereichen, steigende Personalaufwendungen und die Entwicklung der Steuereinnahmen stellen uns weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. Hinzu kommen Aufgaben, die wir als Kommune nur bedingt beeinflussen können, deren finanzielle Auswirkungen wir aber unmittelbar tragen müssen.

Auch Diemelstadt kann sich diesen Rahmenbedingungen nicht entziehen. Die kommunale Finanzlage verlangt daher weiterhin eine sorgfältige Abwägung zwischen dem, was wünschenswert wäre, und dem, was finanziell vertretbar und tatsächlich

leistbar ist. Es wird auch 2027 darauf ankommen, Prioritäten zu setzen, Ausgaben kritisch zu hinterfragen und die vorhandenen Mittel dort einzusetzen, wo sie für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger den größten Nutzen entfalten. Haushaltskonsolidierung ist dabei kein Selbstzweck. Sie ist vielmehr eine notwendige Voraussetzung dafür, unsere Handlungsfähigkeit langfristig zu erhalten und auch künftig Gestaltungsspielräume zu sichern.

Gleichzeitig wäre es zu kurz gegriffen, die Haushaltsberatungen allein auf die Frage möglicher Einsparungen zu reduzieren. Diemelstadt hat in den vergangenen Jahren wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Die Entwicklung des Gewerbeparks Steinmühle ist hierfür ein besonders prägnantes Beispiel. Die Ansiedlung des Logistikparks hat die wirtschaftliche Struktur unserer Stadt gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Zugleich hat sie gezeigt, was möglich ist, wenn Verwaltung, Politik, Unternehmen und weitere Beteiligte konstruktiv zusammenarbeiten und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Impulse und finanziellen Effekte sind für unsere Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bieten Chancen, begründen aber zugleich die Verpflichtung, mit den daraus entstandenen Möglichkeiten umsichtig und vorausschauend umzugehen.

Denn außergewöhnliche Einnahmen und **einmalige** finanzielle Effekte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine dauerhaft solide Haushaltsführung vor allem auf verlässlichen und nachhaltigen Grundlagen beruhen muss. Wir müssen deshalb unterscheiden zwischen dem, was wir uns heute leisten können, und dem, was wir uns auch in den kommenden Jahren dauerhaft leisten können.

Ich bin nunmehr seit nahezu drei Jahren im Amt und habe in dieser Zeit erfahren, wie wichtig eine sachorientierte Zusammenarbeit zwischen Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung ist. Die vergangenen Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass auch schwierige und unpopuläre Entscheidungen möglich sind, wenn ihre Notwendigkeit nachvollziehbar erläutert, offen diskutiert und gemeinsam abgewogen wird. Gerade bei Fragen der Steuer- und Gebührenentwicklung sowie bei notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen haben wir in Diemelstadt wiederholt bewiesen, dass die Sache im Mittelpunkt stehen kann und nicht die kurzfristige politische Wirkung. Populismus hatte bisher in Diemelstadt keinen

Raum. **Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken und darum bitten, dass dies zukünftig auch so bleibt.**

Diese konstruktive Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unserer kommunalpolitischen Kultur. Sie schafft Vertrauen, stärkt die Akzeptanz notwendiger Entscheidungen und gibt uns die Möglichkeit, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Daran sollten wir festhalten - gerade dann, wenn die finanziellen Spielräume enger werden und unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Meine Damen und Herren,

zunächst freue ich mich sehr, dass mein Haus es wieder geschafft hat, Ihnen den Haushalt erneut rechtzeitig vorzulegen, was aufgrund der zahlreichen Großprojekte und den personellen Veränderungen, auf die ich noch eingehen werde, sowie zuletzt dem Rathausumzug überhaupt nicht selbstverständlich war.

Der nun vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 ist deshalb nicht nur eine Zusammenstellung von Zahlen und Maßnahmen. Er ist zugleich ein Arbeitsauftrag an uns alle. Er zeigt auf, welche Aufgaben wir bewältigen müssen, welche Vorhaben wir weiterverfolgen wollen und an welchen Stellen wir besonders sorgfältig abwägen müssen. Er macht deutlich, wo unsere finanziellen Möglichkeiten liegen, aber auch, wo Grenzen erreicht werden.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Zukunftsfähigkeit Diemelstadts zu sichern, unsere Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln, die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt zu unterstützen und zugleich die finanzielle Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten.

Dabei ist mir besonders wichtig, dass die Entscheidungen, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen treffen, transparent und nachvollziehbar bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, warum wir bestimmte Schwerpunkte setzen, weshalb einzelne Maßnahmen notwendig sind und an welchen Stellen wir gegebenenfalls auf Vorhaben verzichten oder sie zeitlich verschieben

müssen. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik lebt nicht davon, Schwierigkeiten auszublenden, sondern davon, sie offen anzusprechen und tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Lassen Sie uns deshalb auch den Haushalt 2027 als gemeinsame Aufgabe verstehen. Mit Realismus hinsichtlich unserer finanziellen Möglichkeiten, mit Augenmaß bei unseren Entscheidungen und mit Zuversicht in die Leistungsfähigkeit unserer Stadt können wir die richtigen Weichen für die kommenden Jahre stellen.

Das Zahlenwerk, das ich Ihnen heute vorlege, steht erneut unter dem Einfluss einer Vielzahl nationaler und internationaler Entwicklungen, deren Auswirkungen bis auf die kommunale Ebene reichen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an, hinzu kommen weitere geopolitische Konflikte, insbesondere im Nahen Osten, sowie internationale Handelskonflikte und eine zunehmend unsichere weltwirtschaftliche Entwicklung. Die damit verbundenen Risiken für Lieferketten, Energiepreise und wirtschaftliche Investitionen bleiben auch für unsere Unternehmen und letztlich für die Finanzlage unserer Stadt von Bedeutung.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigt zwar wieder leicht positive Ansätze, eine nachhaltige und breit getragene Erholung ist jedoch noch nicht gesichert. Für das Jahr 2027 erwartet die Bundesregierung derzeit ein reales Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent. Dies ist ein positives Signal, bedeutet jedoch noch keine grundlegende Entspannung der wirtschaftlichen Lage. Im Oktober 2026 lag die Inflationsrate zudem bei 2,8 Prozent, die Energiepreise waren gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 12,2 Prozent gestiegen, obwohl jüngst wieder ein Tankrabatt beschlossen wurde.

Diese Entwicklungen bleiben für die kommunalen Haushalte nicht ohne Folgen. Steigende Personal-, Sach- und Energiekosten treffen auf eine Einnahmesituation, die weiterhin mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist.

Die strukturellen Herausforderungen bestehen fort: Steigende Aufwendungen, hohe Anforderungen an die kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie begrenzte finanzielle Spielräume. Für uns in Diemelstadt heißt das, dass wir unsere Ausgaben

weiterhin kritisch prüfen, notwendige Investitionen sorgfältig im Rahmen unserer dynamischen Investitionsstrategie priorisieren und die langfristigen finanziellen Folgen unserer Entscheidungen stets im Blick behalten müssen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die finanzpolitischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene werden auch im Haushaltsjahr 2027 eine wesentliche Rolle spielen. Für unsere Haushaltsplanung gilt deshalb mehr denn je, mit realistischen Annahmen zu arbeiten und finanzielle Spielräume nicht vorwegzunehmen, solange sie nicht verlässlich absehbar sind.

In meiner letztjährigen Haushaltsrede musste ich Ihnen bereits erstmalig nach dem Jahr 2011 einen nicht ausgeglichenen Haushalt zumuten und konnte auch für die mittelfristige Finanzplanung keine Hoffnung machen. Das hat sich wie erwartet und befürchtet fortgeführt - trotz aller vertretbaren Konsolidierungsschritte. **Das Defizit im Ergebnishaushalt ist sogar auf 1.147.150 Euro angewachsen. Es wäre aber noch größer, wenn wir nicht bereits gegengesteuert hätten.**

Das ist die erste schlechte Nachricht.

Die zweite ist:

Das Defizit bleibt im gesamten Finanzplanungszeitraum bestehen, viermal rote Zahlen, aber eine Verringerung ist erkennbar, ab 2028 dann eine jährliche Halbierung. Erinnern Sie sich an diese Grundparameter bitte stets bei den diesjährigen und kommenden Entscheidungen!

Ich möchte Ihnen aber gleichzeitig zurufen, und das habe ich Ihnen die letzten Jahre an gleicher Stelle gesagt und werde auch stets wiederholen, dass es keine grundsätzlich strukturellen Probleme in der Diemelstädter Finanz- und Wirtschaftslage gibt. Es ist weiterhin ein **kollektives kommunales** Dilemma.

Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in einer Finanzkrise, wie sie dieses Land so noch nicht erlebt hat! Nach Ende der Überschussphase von 2015 bis 2022 hat sich in 2024 in Defizit von rund 24 Milliarden Euro und 2025 von 30

Milliarden Euro bei den Kommunen ausgebildet. Ging man für dieses Jahr von 31,6 Mrd. aus, so hat das Statistische Bundesamt aktuell darauf hingewiesen, dass das Finanzierungsdefizit der Kommunen **bereits im ersten Halbjahr 2026 bei 20 Milliarden** lag. Es wird also dieses Jahr bereits in Richtung 40 Milliarden Defizit gehen und die Entwicklung verschärft sich in 2027 weiter! **Die finanzielle Lage ist insgesamt katastrophal!**

Fast alle Kommunen müssen ein erhebliches Defizit ausweisen: Twistetal – 650.000 Euro / Lichtenfels – 1,25 Millionen Euro / Waldeck – 1,4 Millionen Euro / Vöhl – 1,5 Millionen Euro / Volkmarsen – 1,75 Millionen Euro / Bad Arolsen – 2,5 Millionen Euro / Korbach – 9,6 Millionen Euro, um nur einige zu nennen. Und in anderen Landkreisen und Bundesländern sieht es nicht anders aus. Frankenberg (Eder) und zehn andere Kommunen aus dem Landkreis müssen dem Regierungspräsidium ein Haushaltskonsolidierungskonzept einschließlich schmerzhafter Steuer- und Gebührenerhöhungen und Kürzungen von Leistungen vorlegen, um überhaupt eine Haushaltsgenehmigung für 2027 zu erhalten. Und alle anderen Kommunen inkl. Diemelstadt wird es im nächsten Jahr auch treffen! Und das unverschuldet!!! Die Kommunen werden nicht gehört und ihnen wird von Bund und Land nicht geholfen und das ist eine riesengroße Sauerei!!! Bund und Land definieren immer neue Standards und Aufgaben und lassen die Kommunen ohne eine ausreichende Finanzierung im Regen stehen.

Bevor wir uns den Herausforderungen und den leider katastrophalen finanziellen Rahmenbedingungen des Haushaltsjahrs 2027 zuwenden, möchte ich zunächst den Blick zurückrichten. Denn bei aller Diskussion über Defizite, steigende Ausgaben und notwendige Konsolidierungsmaßnahmen dürfen wir eines nicht vergessen: Auch im Jahr 2026 haben wir in Diemelstadt wichtige Projekte umgesetzt, erhebliche Investitionen getätigt und damit die Infrastruktur unserer Stadt weiterentwickelt.

Diese Maßnahmen sind nicht nur Zahlen in einer Haushaltsübersicht. Sie stehen für ganz konkrete Verbesserungen, für den Erhalt unserer kommunalen Einrichtungen und für Investitionen in die Lebensqualität der Menschen in unseren Stadtteilen. Einige dieser Projekte möchte ich beispielhaft hervorheben.

Beginnen möchte ich mit einem Vorhaben, das zwar im Alltag der meisten Bürgerinnen und Bürgern kaum unmittelbar sichtbar, für unsere Stadt aber von großer Bedeutung ist; der Anschluss der **Kläranlage Kallental** an die Kläranlage Marsberg-Mitte. Mit einem Investitionsvolumen von rund 3,5 Millionen Euro handelt es sich um ein bedeutendes Infrastrukturprojekt. Eine leistungsfähige Abwasserreinigung ist unverzichtbar für den Schutz unserer Gewässer, die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen und eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Auch wenn solche Investitionen oftmals wenig öffentlichkeitswirksam sind, gehören sie zu den zentralen Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Sie sichern die Funktionsfähigkeit unserer Infrastruktur und schaffen die Grundlage dafür, dass wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen auch in Zukunft gerecht werden können. Vor nicht ganz einem Jahr konnten wir die erfolgreiche Umsetzung feiern.

Ebenfalls von großer Bedeutung war die Erneuerung der **Fallleitung in Orpethal**. Auch hier geht es um eine technische Infrastruktur, die zuverlässig funktionieren muss und deren Bedeutung sich häufig erst dann zeigt, wenn Probleme auftreten. Mit der Erneuerung investieren wir in die Betriebssicherheit und Zukunftsfähigkeit unserer Anlagen. Solche Maßnahmen sind vielleicht nicht spektakulär, aber sie sind notwendig, um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. So konnte die Lösch- und Trinkwasserversorgung in Orpethal entscheidend gestärkt werden.

Ein weiteres Projekt, das aber unmittelbar vor Ort wahrgenommen wird, ist die neue **Toilettenanlage** an der **Festhalle Neudorf**. Mit einem Investitionsvolumen von rund 160.000 Euro verbessern wir die Ausstattung unserer öffentlichen Einrichtung und schaffen bessere Voraussetzungen für Veranstaltungen und die Nutzung der Festhalle. Unsere Dorfgemeinschaften leben davon, dass geeignete Räumlichkeiten und eine funktionierende Infrastruktur für Begegnungen, Vereinsleben und gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verfügung stehen. Auch solche Investitionen tragen dazu bei, dass unsere Stadtteile lebendig bleiben und das gesellschaftliche Miteinander gestärkt wird.

Ein besonders wichtiges Projekt war der **Neubau des Feuerwehrhauses in Helmighausen** mit einem Investitionsvolumen von rund 1,7 Millionen Euro. Unsere Feuerwehren leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Bevölkerung.

Die ehrenamtlichen Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden stehen bereit, wenn andere Hilfe benötigen - häufig unter schwierigen Bedingungen und zu jeder Tages- und Nachtzeit. Es ist deshalb unsere Aufgabe, ihnen geeignete Räumlichkeiten und eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Mit dem neuen Feuerwehrhaus schaffen wir die baulichen Voraussetzungen dafür, dass die Einsatzkräfte ihre verantwortungsvolle Arbeit unter zeitgemäßen Bedingungen ausüben können. Diese Investition ist damit nicht nur eine Investition in ein Gebäude, sondern vor allem eine Investition in Sicherheit, Einsatzfähigkeit und die Wertschätzung des Ehrenamts. Wir konnten diesem Projekt mit einer großen Einweihungsfeier im Sommer den nötigen Rahmen verleihen.

Ein weiterer Meilenstein mit hoher Zwei-Drittel-Förderung war die **Fertigstellung unseres neuen Rathauses**. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 5,2 Millionen Euro haben wir ein zentrales Projekt für die Zukunft unserer Verwaltung abgeschlossen. Das Rathaus ist mehr als ein Verwaltungsgebäude. Es ist die Anlaufstelle für unsere Bürgerinnen und Bürger und der Ort, an dem zahlreiche Entscheidungen getroffen und Dienstleistungen erbracht werden. Mit der Fertigstellung schaffen wir zeitgemäße Voraussetzungen für die Arbeit unserer Verwaltung und für den Kontakt mit den Menschen, für die wir tätig sind. Zugleich ist ein solches Projekt immer auch mit einer langfristigen Verantwortung verbunden: Ein Gebäude dieser Größenordnung muss dauerhaft wirtschaftlich betrieben, unterhalten und sinnvoll genutzt werden. Umso wichtiger ist es, dass wir den Nutzen dieser Investition im Verwaltungsalltag mit Leben füllen. Es waren anstrengende Jahre der Planung, Ausführung und zuletzt auch hinsichtlich des Umzugs. Wir sind alle sehr froh, dass wir es so gut geschafft haben und mindestens für die nächsten 50 Jahre eine zentrale Anlaufstelle für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen konnten.

Ebenso im Bereich der Familien- und Freizeitangebote konnten wir im IKEK einen wichtigen Akzent setzen. Mit dem **Mehrgenerationenspielplatz in Wethen** wurde ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von rund 150.000 Euro angegangen, das Begegnungen über Altersgrenzen hinweg ermöglicht. Spiel- und Bewegungsangebote sind nicht nur für Kinder wichtig. Sie schaffen auch Treffpunkte für Eltern, Großeltern und andere Generationen und stärken damit das gemeinschaftliche Leben im Ort. Der Mehrgenerationenspielplatz steht beispielhaft für eine Stadtentwicklung, bei der

öffentliche Räume so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen von ihnen profitieren können. Er befindet sich aktuell in der Fertigstellung und die Einweihung soll im Frühjahr erfolgen.

Neben diesen größeren Vorhaben gab es im Jahr 2026 zahlreiche weitere Maßnahmen, die in ihrer Summe ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Diemelstadts leisten. Dazu zählt die Anschaffung eines neuen **Bürgerbusses,** der die Mobilität und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiterhin unterstützen soll, sowie eines neuen MTW für die Feuerwehr Ammenhausen/Dehausen. Ebenso gehören hierzu die Renovierung des **Stadtkellers**, die Erneuerung von Küchen und die Schaffung beziehungsweise Verbesserung von Gruppenräumen in unseren **Kindertagesstätten** sowie neue Spielgeräte für unsere öffentlichen **Spielplätze**.

Auch unsere Freizeiteinrichtungen haben wir nicht aus dem Blick verloren. Im **Steinbergbad** wurden Maßnahmen wie die Videoüberwachung und die Erneuerung der Beckenroste umgesetzt. Im **Walmebad** wurde in die Heizungsanlage investiert. Solche Maßnahmen dienen der Sicherheit, dem Betrieb und dem Erhalt unserer Einrichtungen. Sie zeigen zugleich, dass kommunale Investitionstätigkeit nicht allein aus großen Neubauprojekten besteht. Oft sind es gerade die vielen kleineren Maßnahmen, die dafür sorgen, dass bestehende Einrichtungen zuverlässig funktionieren und von den Menschen weiterhin genutzt werden können.

Und auch die **Kommunalwahl** war ein großes Thema in 2026, wenngleich natürlich nicht so kostenintensiv wie Vorgenanntes, aber mit hoher Arbeitsbelastung für die Verwaltung und deswegen erwähnenswert.

Wenn wir diese Projekte zusammen betrachten, wird deutlich, dass wir im Jahr 2026 in ganz unterschiedliche Bereiche investiert haben: In die technische Infrastruktur, in die Sicherheit unserer Bevölkerung, in moderne Verwaltungsstrukturen, in die Betreuung unserer Kinder, in Mobilität sowie in Freizeit und Begegnung. Dabei wurden sowohl große, langfristig wirksame Vorhaben als auch zahlreiche kleinere Maßnahmen umgesetzt, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar verbessern.

Die genannten Investitionen verdeutlichen zugleich, wie vielfältig die Aufgaben einer Kommune sind. Wir müssen unsere Infrastruktur erhalten, gesetzliche Anforderungen erfüllen, auf neue Bedürfnisse reagieren und gleichzeitig die Lebensqualität in unseren Stadtteilen sichern. All das erfordert eine sorgfältige Planung, eine leistungsfähige Verwaltung und nicht zuletzt erhebliche finanzielle Mittel.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle allen danken, die zur Umsetzung dieser Vorhaben beigetragen haben: Den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den beteiligten Planungsbüros und Unternehmen sowie den politischen Gremien, die die Projekte beraten und die notwendigen Entscheidungen getroffen haben. Mein Dank gilt ebenso denjenigen, die sich vor Ort in Vereinen, Feuerwehren und anderen Einrichtungen engagieren und damit dazu beitragen, dass unsere Investitionen ihren Zweck erfüllen.

In diesem Sinne ist der Rückblick auf das Jahr 2026 zweierlei: Er zeigt, was wir gemeinsam für Diemelstadt erreicht haben, und er macht deutlich, wie wichtig eine solide und vorausschauende Haushaltspolitik ist, damit wir auch in Zukunft die notwendigen Projekte für unsere Stadt verwirklichen können.

Dieses ist nur die Spitze der Projekte, die mein kleines Team derzeit motiviert abgearbeitet hat; und das lange Zeit mit nicht vollständiger Personaldecke auf „letzter Rille“. Daher bitte ich die Politik, die Ortsbeiräte und Vereine auch weiterhin um Geduld, dass nicht alles sofort realisiert werden kann. Wir sind sehr gut unterwegs, werden auch wieder die volle Personalstärke haben und dann alle vorgetragenen Wünsche und Ideen nach für nach abarbeiten.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal grundsätzlicher auf die finanzielle Situation unserer Stadt eingehen. Denn bevor wir über einzelne Ansätze, Investitionen und Projekte sprechen, müssen wir uns zunächst darüber verständigen, unter welchen Rahmenbedingungen wir unseren Haushalt überhaupt aufstellen.

Die hessischen Städte und Gemeinden befinden sich weiterhin in einer massiven finanziellen Schieflage. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich in den

vergangenen Jahren deutlich vergrößert. Zahlreiche Kommunen können ihre laufenden Aufgaben nicht mehr aus den regulären Einnahmen finanzieren. Was wir hier erleben, ist längst kein vorübergehendes Problem einzelner Städte und Gemeinden mehr. Es handelt sich um eine strukturelle Krise der gesamten kommunalen Finanzen.

Wie ernst die Situation inzwischen eingeschätzt wird, haben auch die kommunalen Spitzenverbände wiederholt deutlich gemacht. Auf der Bürgermeisterfortbildung des HSGB letzte Woche in Künzell, an der ich teilgenommen habe, hat auch der hessische Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz klargestellt, dass das Land Hessen den Kommunen nicht helfen wird. Das Land hat bereits eine Milliarde Euro gespart und muss 2027 trotzdem 1,7 Milliarden Euro neue Schulden - oder Sondervermögen, wie es die große Politik gerne betitelt - aufnehmen. Er hat gesagt, dass kein Geld für die Kommunen da ist. Wir werden von den Parteien im Stich gelassen! Der Präsident des Hessischen Städtetages, Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, hat die zusätzlichen finanziellen Hilfen für die Kommunen als lediglich vorübergehendes „Aufflackern“ bezeichnet und grundlegende strukturelle Veränderungen gefordert. Er hat dabei auf einen wesentlichen Punkt hingewiesen: Die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker müssen vor Ort gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern für Entscheidungen einstehen, deren finanzielle Rahmenbedingungen sie vielfach gar nicht selbst bestimmen können.

Mende hat dies mit den Worten zusammengefasst: „Wir sind das Gesicht der Demokratie.“ Damit verbindet sich eine große Verantwortung. Denn die Menschen erleben den Staat in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld vor allem durch ihre Städte und Gemeinden. Sie erwarten funktionierende Straßen, verlässliche Kinderbetreuung, leistungsfähige Feuerwehren, gepflegte öffentliche Einrichtungen und eine Verwaltung, die für ihre Anliegen erreichbar ist. Wenn diese Leistungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel eingeschränkt werden müssen, dann leidet nicht nur die kommunale Handlungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

Kommunale Selbstverwaltung braucht deshalb mehr als gesetzliche Zuständigkeiten. Sie braucht eine auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung.

Die Milliardenbeträge aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes und die Unterstützungsprogramme des Landes sind grundsätzlich wichtige Bausteine. So haben wir 2025 vom Land Hessen 130.000 Euro erhalten und in den nächsten acht Jahren können wir vom Bund insgesamt 1,4 Millionen Euro abrufen. Wenn Sie sehen, dass wir alleine im vergangenen und in diesem Jahr je rund 10 Millionen Euro investieren wollen und müssen, **ist das ein Witz!!!** Sie lösen nicht das grundlegende Problem, wenn die laufenden Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Ein einmaliger Investitionsimpuls hilft uns wenig, wenn wir anschließend nicht wissen, wie wir den Betrieb, die Unterhaltung und die Folgekosten finanzieren sollen. Wir benötigen daher keine bloß punktuellen Hilfen, sondern strukturelle Veränderungen. Dazu gehören eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, eine angemessene Beteiligung an den Steuereinnahmen, die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips und eine Überprüfung der Standards und Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden. Wer Aufgaben vorgibt, muss auch deren Finanzierung sicherstellen. Und solange eine entsprechende Gegenfinanzierung nicht gewährleistet ist, dürfen keine weiteren Aufgabenübertragungen erfolgen, die die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten. Das ist keine Frage parteipolitischer Positionierung. Es ist eine Frage der Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Auch wir in Diemelstadt können uns dieser Entwicklung nicht entziehen. Zwar können wir die Fehlbedarfe unseres Haushalts nach derzeitigem Stand durch den Rückgriff auf Rücklagen abdecken, sodass die Voraussetzungen für eine Haushaltsgenehmigung grundsätzlich gegeben sind. Doch wir müssen uns darüber im Klaren sein: Rücklagen sind endlich. Sie können uns über eine schwierige Phase hinweghelfen, sie ersetzen aber keine dauerhaft tragfähige Haushaltsstruktur.

Dass wir heute noch über gewisse finanzielle Spielräume verfügen, verdanken wir nicht zuletzt dem Verkauf der Gewerbefläche Steinmühle. Die daraus erzielten Erlöse haben unserer Stadt finanziell Luft verschafft. Gerade dadurch waren wir in der Lage,

unsere Infrastruktur erheblich weiterzuentwickeln und dennoch seit inzwischen elf Jahren keine neuen Kredite aufnehmen zu müssen.

Das ist eine Entwicklung, auf die wir durchaus stolz sein können. Sie ist allerdings kein Beleg dafür, dass unsere Probleme gelöst wären. Im Gegenteil: Die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf sind ein besonderer, nicht beliebig wiederholbarer Effekt. Wir dürfen sie deshalb nicht mit dauerhaft verfügbaren Einnahmen verwechseln, denn die Erlöse schmelzen ab, wie Schnee in der warmen Frühlingssonne.

Die entscheidende Frage lautet vielmehr: Wie stellen wir sicher, dass Diemelstadt auch dann handlungsfähig bleibt, wenn diese zusätzlichen finanziellen Spielräume weitgehend aufgebraucht sind? Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, einfach darauf zu hoffen, dass sich die Einnahmen irgendwann wieder günstiger entwickeln. Wir müssen uns frühzeitig und offen mit den Ursachen auseinandersetzen und die notwendigen Entscheidungen treffen, bevor unsere Handlungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden. **Und uns wird nicht geholfen, wir müssen uns selbst helfen.**

Ein wesentlicher Teil unserer finanziellen Mittel ist bereits durch Pflichtaufgaben gebunden. Das betrifft insbesondere die Kinderbetreuung, die Kreis- und Schulumlage, die Unterhaltung unserer Infrastruktur sowie die Personal- und Sachkosten.

Für freiwillige Leistungen und eigene politische Gestaltung bleibt damit immer weniger Spielraum. Dabei sind es gerade diese Möglichkeiten, die eine Kommune lebenswert machen: Die Unterstützung unserer Vereine, die Weiterentwicklung unserer Stadtteile, Freizeit- und Kulturangebote sowie zusätzliche Investitionen, die über die reine Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen hinausgehen.

Wir müssen uns deshalb ehrlich fragen, welche Leistungen wir uns dauerhaft leisten können und welche Prioritäten wir künftig setzen wollen. Dabei geht es nicht darum, Errungenschaften leichtfertig infrage zu stellen. Es geht darum, rechtzeitig zu erkennen, dass auch ein über Jahre gewachsenes Leistungsangebot an finanzielle

Grenzen stoßen kann. **Ich kann Ihnen sagen, dass ich jedem Vorschlag der Kostenreduktion offen gegenüberstehe.**

Besonders deutlich wird diese Entwicklung bei unseren Kindertagesstätten. Für den Bereich der Kindergärten stehen im Haushaltsplan ordentliche Aufwendungen in Höhe von 2,6 Millionen Euro ordentlichen Erträgen von 1,2 Millionen Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein jährliches Defizit von 1,4 Millionen Euro.

Das bedeutet, dass die Stadt Diemelstadt für die Kinderbetreuung derzeit 1,4 Millionen Euro aus eigenen Mitteln aufbringen muss. Und die Tendenz ist steigend. Besonders aufschlussreich ist die Entwicklung des Kostendeckungsgrades. Dieser ist in den vergangenen Jahren von 59 Prozent auf 46 Prozent gesunken. Die eigenen Erträge decken somit nicht einmal mehr die Hälfte der ordentlichen Aufwendungen. Von den ordentlichen Erträgen entfallen lediglich rund 140.000 Euro auf Kindergartengebühren. Der unmittelbare Gebührenanteil der Eltern entspricht damit nur gut fünf Prozent der gesamten Aufwendungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für Kinder ab drei Jahren bei einer Betreuungszeit von sechs Stunden täglich die Gebührenfreiheit greift und das Land Hessen den Kommunen hierfür einen Ausgleich gewährt, der die tatsächlichen Kosten jedoch nicht abdeckt. Das Regierungspräsidium fordert jedoch von den Kommunen, dass die Eltern zehn Prozent zum Ausgleich beitragen. Das würde bedeuten, dass wir die Kita-Gebühren für die Eltern nahezu verdoppeln müssten. Lassen Sie mich eines ausdrücklich betonen: Frühkindliche Bildung ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Sie ermöglicht Kindern einen guten Start ins Leben, unterstützt Familien und ist zugleich eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Eltern Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. An der Bedeutung dieser Aufgabe gibt es nichts zu relativieren. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie diese Aufgabe finanziert wird. Wenn eine Kommune jährlich mehr als 1,4 Millionen Euro aus eigenen Mitteln für die Kinderbetreuung aufbringen muss, fehlen diese Mittel an anderer Stelle. Deshalb halte ich es für dringend erforderlich, dass das Land seiner Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen Bildung stärker gerecht wird. Insbesondere die Personalkosten müssen so refinanziert werden, dass die Kommunen nicht dauerhaft mit erheblichen Defiziten zurückbleiben. Doch damit können wir nicht rechnen, da das Land selbst kein Geld hat und sich bis über beide Ohren verschuldet.

Rechnerisch würde eine vollständige Umlage des derzeitigen Defizits auf die Eltern eine Vervielfachung der Gebühren erfordern. Für die U3-Betreuung müssten wir 720 bis 780 Euro je Monat, für die Ü3-Betreung je nach Modul zwischen 570 und 810 Euro erheben. Dann wären die Kitas auskömmlich finanziert. Aber wer kann das bezahlen? Die Eltern? Eine solche Belastung wäre weder gesellschaftlich noch politisch ohne Weiteres vertretbar. Aber so sieht man mal, dass die Stadt Diemelstadt jedes einzelne Kind jährlich mit 6.800 Euro fördert - Geld, das die Eltern aktuell nicht zahlen müssen. Gleichwohl müssen wir uns im Rahmen unserer Konsolidierungsüberlegungen auch mit der Frage beschäftigen, ob und in welchem Umfang eine Anpassung der Gebühren notwendig und verantwortbar ist. Dabei geht es nicht darum, Familien möglichst stark zu belasten. Es geht darum, offen über die tatsächlichen Kosten, die vorhandenen Zuschüsse und die verbleibende Finanzierungslücke zu sprechen. Denn Bund und Land geben uns keine weiteren Gelder für die frühkindliche Bildung. **Entweder müssen die Kosten die Eltern oder die Allgemeinheit - also die Bürgerinnen und Bürger der Diemelstadt über die Grundsteuer B bezahlen!!! So schmerzlich das ist.**

Unser Ziel muss eine verlässliche Kinderbetreuung sein, deren Finanzierung auf dauerhaft tragfähigen Grundlagen beruht.

Ein weiterer erheblicher Belastungsfaktor ist die Kreis- und Schulumlage. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg steht selbst unter massivem finanziellem Druck. Die steigenden Ausgaben für soziale Leistungen, die Eingliederungshilfe, die Jugendhilfe und den Schulbereich schlagen sich auch in seinem Haushalt nieder. Diese Belastungen verschwinden jedoch nicht, sondern werden über die Kreis- und Schulumlage zu einem erheblichen Teil an die Städte und Gemeinden weitergegeben. Damit geraten wir in einen Kreislauf, aus dem wir uns als einzelne Kommune nur schwer befreien können: Der Landkreis benötigt zusätzliche Einnahmen, erhöht seine Umlagen und belastet damit die Haushalte der Städte und Gemeinden. Diese müssen wiederum versuchen, ihre eigenen Defizite aufzufangen.

Von unseren geplanten Gesamterträgen in Höhe von rund 17 Millionen Euro müssen wir bereits etwa 5,2 Millionen Euro an den Landkreis abführen. Das entspricht rund 31 Prozent unserer gesamten Erträge. Anders ausgedrückt: Von drei Euro, die unsere

Stadt einnimmt, geht annähernd ein Euro unmittelbar über die Kreis- und Schulumlage wieder ab. Für den Haushalt 2027 ist bereits eine Erhöhung der Schulumlage berücksichtigt. Nach den jüngst in der Bürgermeisterdienstversammlung vorgestellten Planungen des Landkreises steht aber eine deutlichere Erhöhung der Schulumlage und überraschenderweise auch der Kreisumlage im Raum. Wenn der Kreishaushalt so vorgestellt wird, wie die Signale aus Korbach sind und der Kreistag dies so beschließt, wird unser Defizit nochmals massiv steigen!!! Der Kreis muss das allerdings machen, weil er sonst auch keine Haushaltsgenehmigung erhält. Die tatsächliche Gesamtbelastung für 2027 kann deshalb erst nach der endgültigen Festsetzung der Umlagen durch den Kreistag im Februar 2027 verlässlich beziffert werden.

Fakt ist, dass sich der gesamte Staat bei rückläufigen Einnahmen die fortwährend laufend steigenden Ausgaben nicht mehr leisten kann!!! Ich will nicht der Überbringer schlechter Nachrichten sein, aber uns allen stehen leider harte Zeiten bevor.

Ich möchte dabei ausdrücklich klarstellen: Investitionen in die Bildung unserer Kinder und in unsere Schulen sind wichtig und richtig. Niemand stellt die Notwendigkeit guter Schulen oder einer angemessenen Bildungsinfrastruktur infrage. Aber auch hier muss die Frage erlaubt sein, wie die dafür notwendigen Mittel dauerhaft aufgebracht werden sollen, ohne die Städte und Gemeinden finanziell zu überfordern. Die Belastungen dürfen nicht einfach von einer staatlichen Ebene auf die nächste und schlussendlich über eine Grundsteuererhöhung an die Bürgerinnen und Bürger weitergereicht werden. Wir brauchen eine Gesamtbetrachtung der öffentlichen Finanzen und eine Aufgabenverteilung, bei der auch die Finanzierung verlässlich geregelt ist. Die Kreis- und Schulumlage steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Sozialausgaben.

Wenn wir über die steigende Kreis- und Schulumlage sprechen, müssen wir uns auch ansehen, welche Ausgaben dahinterstehen. Es geht um Leistungen, die für viele Menschen unverzichtbar sind und die ihnen ein Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen, es geht um die Unterstützung von Menschen, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, um Pflegebedürftige, um Familien in schwierigen

Lebenssituationen, um Menschen mit Behinderungen und um Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Diese Leistungen sind wichtig und notwendig. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie sie dauerhaft finanziert werden sollen, ohne die kommunalen Haushalte immer weiter zu überfordern. Von 2022 an haben sich diese Ausgaben durch das Bundesteilhabegesetz für den Landkreis von 35 auf rund 70 Millionen in vier Jahren verdoppelt. Das ist leider nicht mehr leistbar.

Meine Damen und Herren,

die genannten Zahlen zeigen die Größenordnung der finanziellen Herausforderungen, vor denen der Landkreis Waldeck-Frankenberg steht. Sie machen zugleich verständlich, weshalb der Landkreis versucht, seine riesigen Finanzierungslücken durch höhere Einnahmen und damit auch durch höhere Umlagen zu schließen.

Für Diemelstadt bedeutet das ganz konkret: Jeder zusätzliche Euro, den wir über die Kreis- und Schulumlage abführen müssen, fehlt uns bei der Unterhaltung unserer Straßen, bei der Entwicklung unserer Stadtteile, bei der Unterstützung unserer Vereine oder bei notwendigen Investitionen in unsere Infrastruktur. Deshalb müssen wir gegenüber Land und Bund weiterhin deutlich machen, dass die Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung benötigen. Ich habe jedoch mittlerweile resigniert. Die Bürgermeister und Landräte fahren nach Wiesbaden, demonstrieren und machen über alle Kanäle auf die Misere der Kommunen aufmerksam, werden aber nicht gehört. Aufgabenübertragungen müssen konsequent nach dem Konnexitätsprinzip finanziert werden. Es darf nicht zur Normalität werden, dass die kommunale Ebene gesetzliche Leistungen umsetzt, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten. **Das Maß ist mehr als voll.**

Zu diesen Belastungen kommen die gestiegenen **Personal- und Sachkosten** hinzu. Tarifabschlüsse sind für die Beschäftigten wichtig und angesichts der allgemeinen Preisentwicklung nachvollziehbar. Zugleich bedeuten sie für die öffentlichen Haushalte dauerhafte Mehrausgaben. Anders als bei einer einmaligen Investition wirken sich höhere Personalkosten jedes Jahr erneut aus.

Auch die **Kosten für Bauleistungen** und Infrastruktur haben sich in den vergangenen Jahren erheblich erhöht; im **Zehn**jahresvergleich um fast 90 Prozent. Diese Entwicklung zeigt, warum wir heute für dieselben Aufgaben deutlich mehr Geld aufbringen müssen als noch vor zehn Jahren. Ein Gebäude, eine Straße oder ein Kanal lässt sich nicht mehr zu den früheren Preisen errichten oder sanieren. Gleichzeitig können wir notwendige Instandhaltungsmaßnahmen nicht beliebig aufschieben, ohne dadurch langfristig möglicherweise noch höhere Kosten zu verursachen. Wir müssen daher sehr genau abwägen, welche Maßnahmen sofort notwendig sind, welche zeitlich gestreckt werden können und welche Projekte zunächst zurückgestellt werden müssen. Dabei darf es keine pauschalen Entscheidungen geben. Maßgeblich muss die Dringlichkeit, die Folgekosten, die gesetzlichen Verpflichtungen und der tatsächliche Nutzen für unsere Stadt sein. Wir werden zukünftig abwägen müssen, welcher Feldweg z.B. für 100.000 Euro je Kilometer asphaltiert werden kann und ob die Jagdgenossenschaften noch in der Lage sind, einen adäquaten Anteil zu zahlen oder ob der Feldweg vielleicht obsolet ist.

Auf der Einnahmeseite bleiben die **Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer** von erheblicher Bedeutung. Für das Haushaltsjahr 2027 rechnen wir derzeit mit Erträgen aus der Einkommensteuer in Höhe von 3,5 Millionen Euro und aus der Umsatzsteuer in Höhe von 0,7 Millionen Euro. Zusammen sind das 4,2 Millionen Euro. Damit entfällt ungefähr ein Viertel unserer gesamten Erträge auf diese beiden Einnahmequellen. Diese Zahlen verdeutlichen, wie stark unsere kommunalen Finanzen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und von Entscheidungen auf Bundesebene abhängen. Wenn Bund und Länder Entlastungen beschließen, müssen die Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte mitbedacht werden. Auch wir müssen unsere Einnahmen realistisch planen. Wir können auf eine Belebung der Wirtschaft und damit verbundene höhere Gewerbesteuereinnahmen hoffen. Eine Hoffnung allein ist jedoch keine belastbare Haushaltsstrategie. Wir dürfen Ausgaben nicht auf Grundlage von Einnahmen beschließen, deren tatsächliche Höhe und Zeitpunkt nicht verlässlich feststehen.

Unsere wichtigste Ertragsstelle, die **Gewerbesteuer,** hat mit wieder leicht erhöhten 3,6 Millionen Euro dennoch nicht mehr das fast schon selbstverständlich gewordene hohe Niveau vergangener Tage. Wir haben hier konservativ kalkuliert, da die Folgen

von vier Jahren Rezession in Deutschland nur schwer abschätzbar sind und die Lage volatil ist. Dennoch würden andere Kommunen sich über diesen Posten mehr als freuen.

Eine weitere **Herausforderung** ergibt sich aus der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen. Nach unserer aktuellen Trendberechnung **verringern** sich die **Schlüsselzuweisungen** im Haushaltsjahr 2027 gegenüber der zugrunde gelegten Vergleichsgröße um rund 290.000 Euro. Diese Verschlechterung ist im Haushaltsplan nicht unmittelbar erkennbar, weil der Ansatz für das Jahr 2026 bereits zu niedrig geplant war. Die tatsächliche Entwicklung fällt damit ungünstiger aus, als es ein bloßer Vergleich der beiden Haushaltsansätze zunächst vermuten lässt. Auch eine Auswirkung des Zensus, die uns trifft.

Für uns bedeutet das eine weitere Verschlechterung der Einnahmesituation. Während die Aufwendungen in vielen Bereichen steigen, müssen wir bei wichtigen Einnahmepositionen mit geringeren Beträgen rechnen. Auch das schränkt unseren finanziellen Handlungsspielraum weiter ein.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Grundsteuer sprechen. Sie ist eine wichtige und vergleichsweise verlässliche Einnahmequelle der Städte und Gemeinden. Gleichzeitig wirkt sich jede Hebesatzänderung unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Grundstückseigentümer und Unternehmen aus. Bei der **Grundsteuer B** erzielen wir derzeit bei einem Hebesatz von 320 Prozent Einnahmen von rund 1,2 Millionen Euro. Dieser Hebesatz liegt auf dem Niveau des derzeit zugrunde gelegten Nivellierungshebesatzes. Dieser ist vom Land Hessen nur noch bis 2027 eingefroren. Viele Kommunen müssen schon jetzt den Hebesatz erhöhen: Haina (Kloster) zum 1.1.2027 von 320 auf 420 und 2028 nochmals um 100 Prozentpunkte, Lichtenfels von 320 auf 430, nebst Gewerbesteuer und Abwasserbeiträge, Diemelsee von 320 auf 550 und Burgwald von 430 auf über 500, nebst Wasser- und Friedhofsgebühren. Der gewogene Durchschnittshebesatz der hessischen Kommunen lag im Jahr 2025 bereits bei rund 549 Prozent und liegt aktuell schon bei 590 Punkten. Sollte der Nivellierungshebesatz künftig entsprechend angehoben werden, wovon zeitnah auszugehen ist, stellt sich für uns die Frage, welche Auswirkungen dies auf unsere Schlüsselzuweisungen und die kommunale

Finanzplanung hätte. Nach einer überschlägigen Berechnung würden sich die Einnahmen bei einer Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 320 auf 549 Prozent auf rund 2,1 Millionen Euro erhöhen, bei einer Erhöhung auf 590 Punkte auf rund 2,2 Millionen Euro. Das wäre ein rechnerisches Mehraufkommen von rund 900.000 bzw. einer Million Euro gegenüber dem bisherigen Ansatz. Das sind Zahlen, die Sie und ich – **WIR** uns letztes Jahr noch nicht vorstellen konnten, aber die Gelder würden uns bei dem **vom Regierungspräsidium geforderten Haushaltsausgleich** helfen und wir können nicht unter dem Nivellierungssatz bleiben. **Darüber müssen wir in 2027 gemeinsam sprechen.**

Auf der Bürgermeisterfortbildung wurde abgefragt, welche Kommune bereits die 1.500 Prozentpunkte erreicht hat. Die ersten Städte bewegen sich aktuell bereits auf die 2.000 Prozent zu und es werden bereits erste Wetten abgeschlossen, wann die erste Stadt die 3.000 ausrufen muss. **Es ist leider der politische Wille in Berlin und Wiesbaden, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Defizite bezahlen sollen, die die beiden großen Volksparteien in Bund und Land mit verursacht haben.**

Auch bei der **Grundsteuer A** stellt sich eine ähnliche Frage. Hier erzielen wir bei einem Hebesatz von 245 Prozent derzeit Einnahmen von rund 57.000 Euro. Bei einer Erhöhung auf 408 Prozent ergäbe sich nach der vorliegenden Berechnung ein Aufkommen von rund 95.000 Euro, also ein Plus von etwa 38.000 Euro.

Ich möchte diese Zahlen ausdrücklich nicht als bereits vorgeschlagene Steuererhöhungen verstanden wissen. Sie verdeutlichen vielmehr die Forderung der Oberbehörden und die Größenordnung, die sich rechnerisch aus einer solchen Anpassung ergeben könnten. Eine Erhöhung der Hebesätze wäre für unsere Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen eine zusätzliche Belastung. Gleichzeitig müssen wir berücksichtigen, dass die Höhe des Nivellierungshebesatzes Auswirkungen auf die Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs hat. Eine dauerhaft zu niedrige Hebesatzgestaltung kann deshalb ebenfalls negative finanzielle Folgen haben. Auch die Grundsteuerreform hat gezeigt, dass Veränderungen der Besteuerungsgrundlagen weitreichende Auswirkungen auf die Kommunen haben können. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat insbesondere auf die

Auswirkungen veränderter Grundsteuermessbeträge auf den Kommunalen Finanzausgleich hingewiesen und Anpassungsbedarf gesehen. Wir müssen deshalb genau prüfen, welche Folgen mögliche Veränderungen für Diemelstadt haben.

Da die Nivellierungssätze jedoch aufgrund des Flächen-Faktor-Verfahrens nicht mehr wirklich vergleichbar sind, geht man dazu über, die Belastung je Einwohner als Vergleichsmaßstab heranzuziehen. Diese einwohnerbezogene Grundsteuer soll nach Willen der Oberbehörden ab sofort eine große Rolle spielen. Sie soll bei defizitären Kommunen bei mindestens 300 Euro je Einwohner liegen, was für Diemelstadt einen Hebesatz von **601 Prozentpunkten** bedeuten würde. Zukünftig soll der Zielwert bei 350 Euro je Einwohner liegen, was eine Grundsteuer B von **701 Prozentpunkten** bedeuten würde. Das wird die Forderung des Regierungspräsidiums Kassel an uns sein, wenn wir 2028 mit einem defizitären Haushalt um die Ecke kommen.

Ich fordere Sie daher auf**: Lassen Sie uns das Jahr 2027 nutzen, um zu überlegen, wie wir unseren Haushalt ausgleichen können!**

Zu den Gebührenhaushalten ist Folgendes festzuhalten:

Wie bereits ausgeführt, schlägt der Magistrat vor, im vorliegenden Haushaltsentwurf ausdrücklich auf weitere Erhöhungen zu verzichten. Das ist eine bewusste Entscheidung mit Blick auf die ohnehin bestehenden finanziellen Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass ein solcher Verzicht die tatsächliche Kostenentwicklung nicht aufhält.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Entwicklung unserer einzelnen Gebührenhaushalte etwas genauer beleuchten. Denn auch dort zeigen sich finanzielle Lücken, die wir nicht dauerhaft ignorieren können. Über den Landrat wurde den Bürgermeistern vom Regierungspräsidium mitgeteilt, dass die Gebührenhaushalte auszugleichen sind. Daher muss unser Ziel sein, diese Entwicklungen frühzeitig und transparent darzustellen, damit wir rechtzeitig über notwendige Maßnahmen beraten

können. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob zum 1. Januar 2028 Gebührenanpassungen erforderlich werden.

Beginnen möchte ich mit der **Wasserversorgung**:

Im Gebührenhaushalt Wasser ergibt sich 2027 ein Defizit von rd. 67.000 Euro. Um dieses Defizit auszugleichen, wäre nach der vorliegenden Berechnung eine Anpassung der Wassergebühr um rund 26 Cent je Kubikmeter erforderlich.

Wasser ist eine unverzichtbare Grundlage unseres täglichen Lebens. Gleichzeitig erfordert die Sicherstellung einer zuverlässigen Trinkwasserversorgung erhebliche Aufwendungen für Betrieb, Unterhaltung, Instandhaltung und Erneuerung der Anlagen und Leitungsnetze. Diese Infrastruktur muss dauerhaft funktionsfähig gehalten werden und weitere Investitionen stehen an. Ein entstandenes Defizit kann deshalb nicht unbegrenzt vorgetragen werden, ohne die finanzielle Stabilität des Gebührenhaushalts zu gefährden.

Ähnlich stellt sich die Situation bei der **Abwasserbeseitigung** dar.

Hier beträgt das Defizit nach der aktuellen Berechnung 116.000 Euro. Für einen vollständigen Ausgleich wäre eine Anpassung der Abwassergebühr um rund 46 Cent je Kubikmeter erforderlich.

Die Abwasserbeseitigung gehört zu den kostenintensiven Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Kläranlagen, Kanäle und technische Anlagen müssen zuverlässig betrieben, regelmäßig gewartet und bei Bedarf erneuert werden. Gerade die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Bau- und Energiekosten sowie Abschreibungen wirken sich auf diesen Bereich aus.

Wir haben mit unseren Investitionen in die Abwasserinfrastruktur wichtige Voraussetzungen für einen sicheren und umweltgerechten Betrieb geschaffen. Auch hier werden wir deshalb im Jahr 2027 die Entwicklung genau prüfen und auf dieser Grundlage entscheiden müssen, ob zum 1. Januar 2028 eine Anpassung erforderlich ist.

Der Gebührenhaushalt **Friedhof** weist derzeit ein Defizit von rund 7.000 Euro aus. Hinzu kommt eine Entwicklung, die wir in den kommenden Jahren berücksichtigen müssen: Durch das neue Krematorium in Breuna rechnen wir mit Veränderungen bei der Zahl und der Art der Bestattungen. Sollten dadurch die Fallzahlen zurückgehen, verteilen sich die verbleibenden Kosten auf weniger Bestattungsfälle. Das kann zu einem weiteren Anstieg des Defizits führen und dieses ist auszugleichen.

Gerade bei den Friedhöfen ist die Gebührenkalkulation besonders sensibel. Friedhöfe sind nicht nur Einrichtungen mit einem wirtschaftlichen Kostenaufwand. Sie sind auch Orte des Gedenkens und der Trauer und haben für viele Menschen eine besondere persönliche und gesellschaftliche Bedeutung. Dennoch müssen wir sicherstellen, dass die entstehenden Kosten nachvollziehbar erfasst und in einem angemessenen Verhältnis zu den Gebühreneinnahmen betrachtet werden. Wir werden daher die Entwicklung der Bestattungszahlen und die Auswirkungen des neuen Krematoriums aufmerksam verfolgen. Spätestens bei der Gebührenkalkulation für 2028 müssen wir prüfen, in welcher Höhe ein Ausgleich erforderlich ist und wie dieser verantwortungsvoll umgesetzt werden kann.

Schließlich müssen wir auch auf die Entwicklung bei den **Abfallgebühren** schauen:

Hier zeichnet sich ebenfalls eine zunehmende Kostenbelastung ab. Sowohl die Entsorgungskosten des beauftragten Dienstleisters als auch die Kosten, die uns über den Landkreis weitergegeben werden, entwickeln sich nach oben. Hier läuft Mitte 2027 der alte Vertrag mit dem Entsorger aus und es ist schon jetzt absehbar, dass es teurer wird. Hinzu kommen zusätzliche Belastungen durch LKW-Maut und die CO_2-Bepreisung und die hohen Treibstoffkosten, da diese auf die entsprechenden Leistungen und Transportkosten durchschlagen.

Diese Kostensteigerungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf unseren Gebührenhaushalt. Auch wenn die konkrete Höhe eines möglichen Defizits derzeit noch nicht abschließend beziffert werden kann, müssen wir damit rechnen, dass sich die finanzielle Situation weiter verschärft.

Die Gelder fehlen im Haushalt der Stadt und müssen mit Rücklagen ausgeglichen werden, wo uns dann in den nächsten Jahren die Gelder für Investitionen fehlen und in Schulden münden.

Meine Damen und Herren,

neben Grundsteuer- und Gebührenerhöhungen ist die Entwicklung erneuerbarer Energien eine Möglichkeit, die Einnahmesituation unserer Stadt langfristig zu verbessern. Für die kommenden Jahre sind in unserer Finanzplanung zusätzliche Einnahmen aus der Beteiligung an erneuerbaren Energieanlagen und aus der Gewerbesteuer berücksichtigt. Diese Einnahmen sollen nach der derzeitigen Planung insbesondere ab Mitte 2029 stärker zum Tragen kommen. Dabei müssen wir realistisch bleiben. Die tatsächliche Höhe und der Zeitpunkt solcher Einnahmen hängen von der Umsetzung der Projekte, den rechtlichen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Sie dürfen deshalb nicht als bereits gesicherte Mittel behandelt werden, solange die entsprechenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Dennoch bieten Windenergie und Photovoltaik-Freiflächenanlagen eine Chance, die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und zusätzliche Einnahmequellen für Diemelstadt zu erschließen. Neben dem Beitrag zur Energieversorgung können solche Projekte damit auch finanzielle Perspektiven für unsere Stadt eröffnen. Deshalb müssen wir die entsprechenden Vorhaben sorgfältig, transparent und mit Blick auf die Interessen unserer Stadtteile begleiten. Wenn wir langfristig zusätzliche Einnahmen erzielen wollen, müssen wir heute die Voraussetzungen dafür schaffen.

Ich möchte es deshalb so formulieren:

Die erneuerbaren Energien sind kein kurzfristiges Allheilmittel für unsere Haushaltsprobleme. Sie können aber ein wichtiger Baustein sein, um unsere finanzielle Handlungsfähigkeit langfristig zu stärken und neue Einnahmequellen zu erschließen.

Die Kommunen mit Windrädern, Freiflächen PV-Anlagen und Batteriespeichern werden die Gewinner der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein und jährlich Millioneneinnahmen aus Gewerbesteuer und EEG-Umlage generieren.

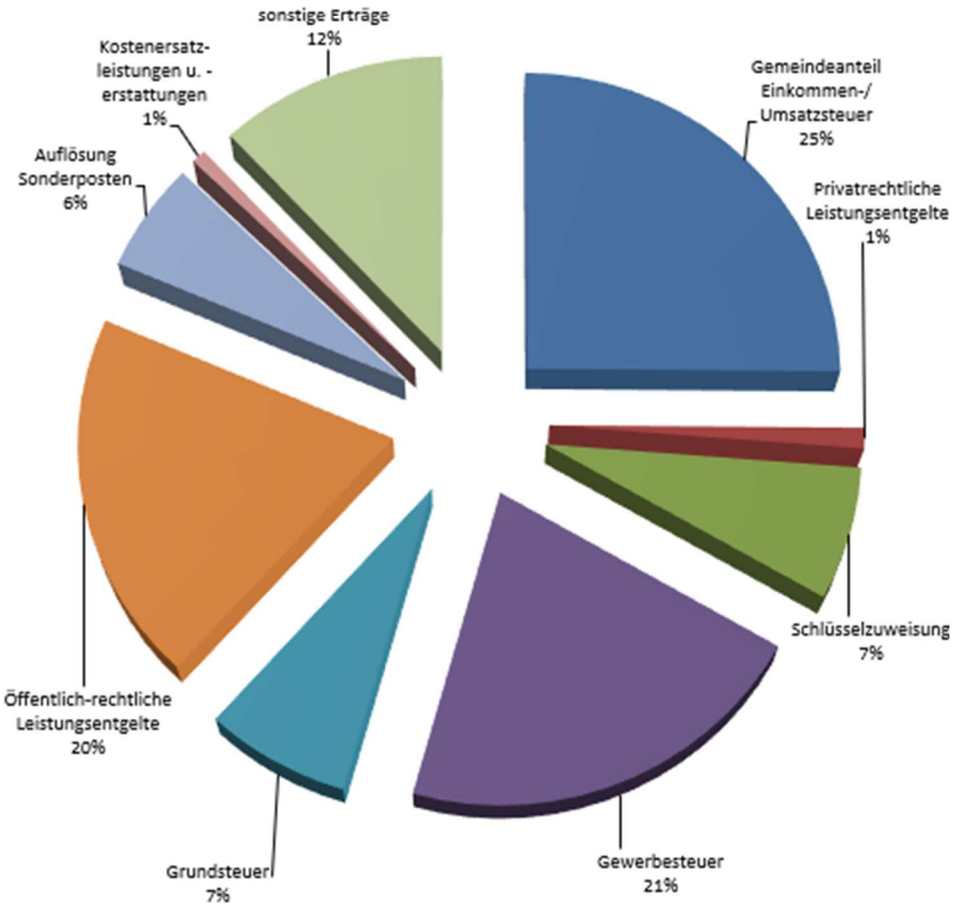
Verlierer sind die Kommunen mit Industrie, die aufgrund verändertem Nutzungsverhalten der Bevölkerung, veralteter Technologie oder zu hoher Energie- und damit Produktionskosten nicht mehr funktioniert. Baunatal z.B. rechnet 2027 mit einem Defizit von 40 Millionen Euro und muss Buslinien streichen, Personal entlassen und den Haushalt konsolidieren.

Nun in ganz verkürzter Form noch weitere wesentliche **Eckdaten** des Entwurfs:

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge beläuft sich in 2027 auf 16.827.489 Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr von 2,8 % entspricht.

Ergebnishaushalt 2027

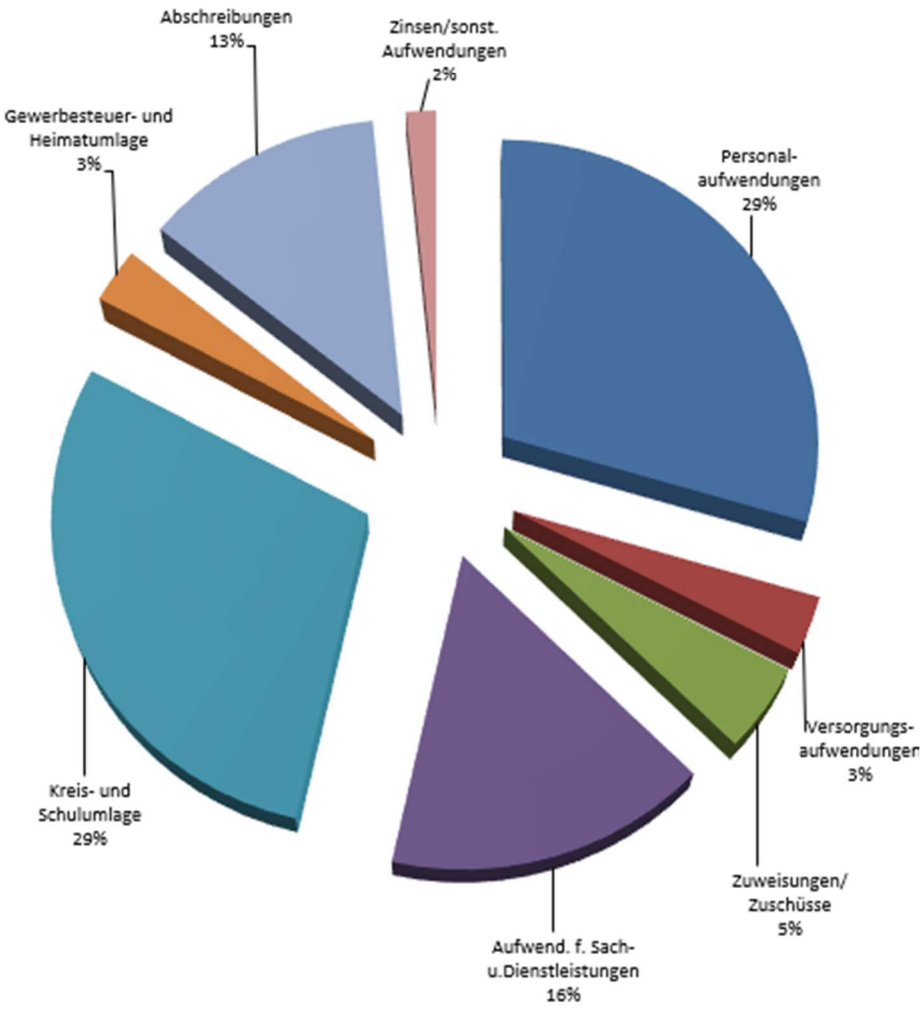
Ordentliche Erträge 16,83 Mio. €



Die ordentlichen Aufwendungen steigen hingegen deutlich mehr an, um 4,4 % auf jetzt 17.974.639 Euro.

Ergebnishaushalt 2027

Ordentliche Aufwendungen 17,97 Mio. €



Die Personal- und Versorgungsaufwendungen bilden hier mit 32 % den größten Posten. Die **Kreis- und Schulumlage** steigt auf jetzt 29 % der Aufwendungen deutlich an.

Die **Abschreibungen**, die in den laufenden Ausgaben mit immerhin 13 % enthalten sind, steigen infolge der vergangenen Investitionen weiter auf **2,3 Millionen Euro und werden nun nicht mehr vollständig vom Ergebnishaushalt erwirtschaftet**, **wenngleich der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit glücklicherweise positiv bleibt.**

Der Gesetzgeber verlangt zudem die Darstellung einer sogenannten **Liquiditätsreserve**, das schaffen wir weiterhin.

Die vermiedenen Kreditaufnahmen der vergangenen Jahre schlagen sich in der **Zinslast** mit einem Ansatz von **279.000 Euro** und mit nur 2 % der Aufwendungen nieder. Der Wert wird aber wegen voraussichtlich wiederaufzunehmender Kredite im Finanzplanungszeitraum weiter steigen.

Nach jetziger Erwartung kann mit einer **bilanziellen Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses** in Höhe von 8,8 Millionen Euro in das neue Haushaltsjahr gestartet werden. Mit dem erwarteten Jahresfehlbetrag 2027 wird diese Rücklage zum Ende nächsten Jahres voraussichtlich **7,7 Millionen Euro** betragen - ein nach wie vor beruhigender Wert für die schwieriger werdenden Jahre, denn im Ergebnishaushalt entstehende Defizite können hiermit bilanziell ausgeglichen werden. Das alte Sprichwort wohl biblischen Ursprungs, „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“, bewahrheitet sich wieder einmal. Ebenso ist dieses ein gutes Zeichen unserer antizyklischen Wirtschaftspolitik.

Nicht unerwähnt bleiben darf ebenfalls die bilanzielle **Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses,** die einen Großteil des Grundstückserlöses Gewerbepark Steinmühle abbekommen hat und nächstes Jahr weiterhin hoch mit **13,5 Millionen Euro** valutiert und zusätzliche Beruhigung stiftet.

Das heißt, sowohl in der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit als auch im Bereich der eher seltenen und außergewöhnlichen Geschäftsvorfälle wie einem Grundstücksverkauf

über Buchwert sind belastbare bilanzielle Rücklagen vorhanden, die aber nicht mit Liquidität hinterlegt sind.

Aktuell sind noch rund 5,5 Millionen Euro Liquidität aus dem Grundstückserlös Steinmühle vorhanden. Doch wegen der fortlaufenden Investition dieser Gelder werden bald wieder Kredite nötig werden. Im letzten Haushalt waren 3 Millionen Euro eingeplant, die nicht benötigt wurden und für 2027 sind zur Sicherheit 4 Millionen Euro vorgesehen.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir 2027 wieder umfänglich **Schulden tilgen**, nämlich **700.000 Euro. Der Schuldenstand zum 31.12.2026 wird 6,5 Millionen Euro betragen. Wie hoch dieser Ende 2027 sein wird, hängt von unserer Investitionstätigkeit ab. Werden alle geplanten Maßnahmen umgesetzt und abgerechnet wird er höher sein, falls die Rücklagen aus dem Grundstücksverkauf Steinmühle noch auskömmlich sind, vielleicht auch nochmals niedriger. Die Zeit der faktischen Schuldenfreiheit, in der die liquiden Mittel die Verbindlichkeiten übersteigen, also die Aktivposten größer als die Passivposten sind, ist dann allerdings vorbei und spätestens in 2028 müssen wir uns für die Investitionen neu verschulden und dann ganz genau abwägen was notwendig und machbar ist.**

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die **Einzeldarstellung der Schulden in der Verbindlichkeitenübersicht des Haushaltsplans auf den Seiten 294 und 295.**

Für 2027 ist der Höchstbetrag der **Liquiditätskredite**, die im Haushaltsjahr wegen vorübergehender Liquiditätsengpässe zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, ganz vorsorglich wieder mit **zwei Millionen Euro** vorgesehen, falls es durch plötzlichen Liquiditätsbedarf bei gleichzeitig angelegten Mitteln einmal eng werden sollte, z. B. wenn Fördergelder erst später fließen und die Stadt vorfinanzieren muss. Ansonsten ist aus den vorgenannten Gründen nicht mit Illiquidität zu rechnen.

Der eben erwähnten Plan-Schuldenaufnahme von bis zu 4 Millionen Euro stehen nach wie vor außerordentlich hohe Investitionen von 9,9 Millionen Euro gegenüber.

Das ist immer noch viel zu viel, sowohl für die Folgewirkungen der Liquidität und Abschreibungen als auch für die Umsetzbarkeit in einem kleinen Team. Wir sagen es jedes Jahr und machen trotzdem immer so weiter!

Die weiteren erheblichen Ertrags- und Aufwandsänderungen wollen Sie bitte dem ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan, Seite 19 bis 32, entnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum Finanzhaushalt.

Nach 6,4 Millionen in 2024, 9,9 Millionen in 2025 und 6 Millionen in 2026 wollen wir 2027 wieder 9,9 Millionen Euro investieren. Im Vergleich sehr, sehr viel Geld für eine Kleinstadt.

Dennoch möchte ich mich bei der Vorstellung der einzelnen Investitionen angesichts der Tagesordnung heute Abend kurzfassen.

Wir werden den Betrieb „Stadt“ in allen Bereichen, sei es der Verwaltung, den Kindergärten, dem Bau- und Betriebshof sowie der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, weiter fit machen in Richtung Digitalisierung, dazu gehört insbesondere die kontinuierliche Umsetzung des **Online-Zugangs-Gesetzes** OZG sowie die flächendeckende Einführung der **E-Akte.**

Stolze 2,2 Millionen Euro gehen in die **Wasserversorgung** und die **Abwasserbeseitigung**, hier vor allem in die Umsetzung des Wasserversorgungskonzepts, Investitionen im Zusammenhang stehend mit den Kreisstraßenbaumaßnahmen der Marsberger und der Helmighäuser Straße, eine PV-Anlage an der Kläranlage Wrexen sowie zur dortigen Betonsanierung.

Die Erschließung der noch fehlenden Anschlusspunkte mit **Glasfaser** fällt bei 90-prozentiger Bezuschussung mit 1,9 Millionen Euro zunächst in 2027 an.

Auch die **Straßen** sind mit 1,2 Millionen Euro kommendes Jahr wieder Investitionsschwerpunkt, hier vor allem die Gehwege und Nebenanlagen der Marsberger Straße sowie Planungskosten für die Helmighäuser Straße, die Oberflächenwiederherstellung der Straße Driesch in Helmighausen, aber auch wieder Mittel für die weitere Umrüstung der restlichen Straßenbeleuchtung auf LED.

Der **Feuerwehr**anteil am geplanten **Mehrzweckgebäude in Wrexen** - das nächste Großprojekt - wird mit einer anfänglichen Million Euro zu Buche schlagen, weiterhin sind für den Brandschutz die Beschaffungen von feuerwehrtechnischer Beladung im Vorgriff auf den noch kommenden Rüstwagen der Feuerwehr Rhoden, ein Rollcontainer für die Feuerwehr Rhoden und für die Feuerwehr Wethen eine Lichtbrücke zu erwähnen. Ferner bekommt die Feuerwehr Ammenhausen ein TSF-W und für Helmighausen soll ein MTW beschafft werden. Was der neue Bedarfs- und Entwicklungsplan sonst noch alles verlangt, haben Sie ja eben schon in erster Lesung hören können.

Für den **Bau- und Betriebshof** ist bekanntlich die Beschaffung eines Ladog-Geräteträgers geplant, ferner die Ersatzbeschaffung eines Kommunaltraktors für die Grünflächenpflege, die Straßenreinigung und den Winterdienst.

In der **Kindertagesstätte Schloßbergzwerge Rhoden** ist die schon lange abgängige Heizung zu erneuern. Ferner sollen auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen in beiden Kindertagesstätten Klimageräte installiert werden. Die **Spielplätze** werden weiter aufgewertet, hier insbesondere Ammenhausen, Hesperinghausen und Wethen.

Das **Walmestadion Rhoden** bekommt neue Bewässerungstöpfe, in **Hesperinghausen** wird ein Ballfangzaun angebracht und in **Wrexen** wird in die Rasenregeneration investiert. Im Steinbergbad Wrexen soll nunmehr der Austausch des Heizsystems mit Installation von PV-Anlage, Wärmepumpen und Absorber erfolgen.

Für IKEK-Maßnahmen sind vorsorglich wieder Mittel bei entsprechender Förderkulisse eingestellt worden. Ebenso 200.000 Euro sollen in Projekte der **Erneuerbaren Energien** fließen können, die aus der ersehnten Klimaschutzberatung erwartet

werden. Konkret angedacht ist bereits jetzt die Ausstattung vieler städtischer Gebäude mit Aufdach-PV-Anlagen.

Im Produktbereich **Natur- und Landschaftspflege** wird für den Friedhof Wrexen die Abgrenzung des teilanonymen Urnengrabfelds und ein Geländer eingeplant. Ferner ist für den Friedhof Helmighausen ein Handwagen vorgesehen. Zudem sind grundhafte Feldwegesanierungen beabsichtigt, insbesondere der Ramsen in Wrexen sowie der Lückenschluss Wolfsstange/Hude und Im Hilkenkohl in Rhoden.

Im Bereich der **Gemeinschaftshäuser** befindet sich neben dem Feuerwehranteil die andere erste Million zum Mehrzweckgebäude in Wrexen. Ferner soll vom Parkplatz hinunter zur Steinberghütte ein Geländer angebracht werden. Zusätzlich sind in diesem Produkt neue Ruhebänke, die Erneuerung des Wasserrads an der Schutzhütte Rote Bicke in Orpethal sowie die Aufwertung der Einstiegspunkte Rhoden und Wrexen der Green Trails vorgesehen.

An Auszahlungen für **Grundstückskäufe** werden schlussendlich 500.000 Euro veranschlagt. Aufgrund der Vielzahl von verkauften Baugrundstücken wird es zukünftig vermehrt nötig sein, im Rahmen der Innenverdichtung bebaubare Grundstücke zu erwerben, ggf. zu erschließen und mit einer Bauverpflichtung wieder zu veräußern. Zudem sollte es darüber hinaus selbstverständlich sein, für eine nachhaltige Bodenbevorratung Geld in die Hand zu nehmen, wie wir es ja auch dieses Jahr bereits praktiziert haben.



In Diemelstadt wird mit 9,9 Millionen Euro 2027 für ein Unterzentrum erneut exorbitant hoch investiert. Sämtliche investive Maßnahmen sind im Tabellenteil des Haushaltsplans auf den Seiten 58 bis 68 dargestellt und auf den Seiten 32 bis 38 erläutert.

Der **Finanzstatusbericht** auf den letzten Seiten des Planwerks zeigt für 2027 hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit keine 100 % mehr wie in früheren Jahren, die Ampel steht mit 60 % nur noch auf Gelb, resultierend aus dem negativen Planergebnis. Der Bericht ist insbesondere für die Aufsichtsbehörden zur Genehmigung der Haushalte geschaffen worden. Fakt ist, dass dort nun noch genauer hingeschaut wird. Es steht jedoch auch im Bericht: „Vorliegende Auswertung präjudiziert das Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht. Die notwendige individuelle Prüfung und Beurteilung der Aufsichtsbehörde wird hierdurch nicht ersetzt.“

Wir werden jedenfalls der Kommunalaufsicht bereits morgen den Haushaltsentwurf vorab zur Prüfung vorlegen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Stellenplan 2027 verweise ich auf die Seiten 39 und 40 des Vorberichts sowie den Stellenplan selbst auf den Seiten 290 bis 292.

Im Wesentlichen handelt es sich um Veränderungen infolge durchgeführter Stellenbewertungen, Kifög-Bedarfsberechnungen sowie organisatorischer Umstrukturierungen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass wir immer noch nicht alle freien Planstellen wiederbesetzt haben. JEDER im Rathaus hat dieses Jahr somit erhebliche Mehrarbeit geleistet, wofür ich hier ausdrücklich DANKE. Wir haben sehr oft über diese Situation mit der Politik gesprochen, sodass ich mich hier heute Abend nicht wiederholen möchte.

Die Stadtverordnetenversammlung zeichnet mit dem Stellenplan den Rahmen, die Umsetzung und insbesondere die Einstellungen und Beendigungen liegen in der Hand des Magistrats. Diesen Grundsatz brechend möchte ich Ihnen dieses Jahr wieder die **Personalbewirtschaftung** ein wenig näher erläutern, vor allem die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen einmal vorstellen, damit Sie auch Gesichter bekommen, die im Betrieb „Stadt“ ins Rad greifen.

Im Bereich der Wasserversorgung konnten wir die vakante Stelle seit Anfang des Jahres mit dem Installateur- und Heizungsbaumeister sowie geprüften Wassermeister Michael Witte als nun stellvertretender Wassermeister Diemelstadts besetzen. Dies ist erforderlich, um die 24/7-Bereitschaft sicherzustellen.

Notarfachwirtin Heike Meusel ist seit Februar im Rathaus für die städtischen Liegenschaften zuständig.

Im April konnten wir unsere frühere Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten und nun frisch geprüfte Verwaltungsfachwirtin Hannah Cremers zurückgewinnen, die nunmehr den Fachdienst Personal und Liegenschaften leitet und nach Bewährung die Leitung des gesamten Fachbereichs Zentrale Dienste übertragen bekommen soll.

Beide als Ersatz für zwei Personen, die uns verlassen haben.

Franziska Prang, Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten, hat im Juni ihre Prüfung **sehr erfolgreich** bestanden und ist seitdem im Fachbereich Finanzdienste tätig. Auch sie ist zukünftig für die Fortbildung zur Verwaltungsfachwirtin vorgesehen. Sie hatte bereits dieses Jahr maßgeblichen Anteil an der Aufstellung des Haushaltes.

Tom-Niclas Schröter, Auszubildender zur Fachkraft für Abwassertechnik, hat im Sommer ebenfalls seine Prüfung bestanden und konnte übernommen werden.

Die jüngste Veränderung hat sich erst zu Monatsbeginn ergeben. Bauingenieur Jens Munzert wird uns im Fachbereich Technische Dienste mit seiner langjährigen Erfahrung aus einem Architekturbüro unterstützen und insbesondere den Neubau in Wrexen federführend leiten.

Im selben Fachbereich wird ab Februar 2027 Bauzeichnerin und Bautechnikerin Anna-Lena Müller für weitere Verstärkung sorgen.

Verwaltungsmitarbeiterin Stephanie Stoffelshaus wird zukünftig nach dem viel zu frühen Tod einer geschätzten Kollegin deren Teilzeit-Stelle in der Stadtkasse übernehmen. Ihre bisherige Stelle im Fachdienst Personal und Liegenschaften ist nach Ausschreibung schon besetzt, die Vertragsunterzeichnung steht noch aus.

Zum 1. Januar 2027 wird gelernter Gartenbauer Björn de Cock im Bau- und Betriebshof eine durch Verrentung freiwerdende Stelle besetzen. Wir freuen uns, da dieser auch zusätzlich die notwendigen Führerscheine für die Großfahrzeuge besitzt.

Florian Tobias Seele unterstützt dort zudem seit Sommer die Grünpflegekolonne.

In der Kindertagesstätte Schloßbergzwerge Rhoden haben Erzieherinnen Nina Kasdorf und Karolin Höhle dieses Jahr begonnen, zudem in Ausbildung Melanie Weißgärber, Marlene Koch und Hannah Stirblies.

In der Kindertagesstätte Wrexer Märchenhaus wurde Alina Koschka eingestellt, dazu in Ausbildung Sarah Varlemann und Thilo Laudage sowie zukünftig Lisa Röling.

Seit November wird das städtische Reinigungsteam um Yvonne Kaya ergänzt.

Im Bereich der Hausmeister konnten Daniel Fieseler, Lydia Schacht und Steffen Hänsel gewonnen werden.

Ich habe unserer Belegschaft im vergangenen Jahr einiges abverlangt. Die hohe Projektdichte, das Tagesgeschäft und nicht zuletzt der Umzug in das neue Rathaus haben alle gefordert.

Die Neueinstellungen zeigen, dass wir trotz des Fachkräftemangels ein attraktiver Arbeitgeber sind. Gleichzeitig befinden wir uns im personellen Umbruch, und neue Kolleginnen und Kollegen benötigen Zeit, um sich einzuarbeiten. Gerade in einer kleinen Kommune mit einem breiten Aufgabenspektrum sind vielseitige Fachkräfte gefragt, mithin also Generalisten.

Deshalb möchte ich ausdrücklich eine Lanze für unsere gesamte Belegschaft brechen: Wir haben ein hoch qualifiziertes, leistungsstarkes Team, das trotz personeller Lücken Enormes leistet. Als Unterzentrum erfüllen wir längst Aufgaben, die vielfach denen eines Mittelzentrums entsprechen - allerdings mit einer Personaldecke, die dafür kaum ausgelegt ist.

Nach bald drei Jahren im Amt kann ich sagen: Was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tag für Tag leisten, ist vorbildlich. Wir müssen achtsam mit dieser wichtigsten Ressource umgehen. **Mein herzlicher Dank gilt der gesamten Belegschaft für ihr Engagement, ihre Flexibilität und ihre Verlässlichkeit!**

Ich danke also <u>allen</u> Mitarbeitenden für ihren außerordentlichen Einsatz dieses Jahr, innerhalb der Verwaltung, den Kindergärten sowie dem Bau- und Betriebshof einschließlich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch den **Personalrat** mit dessen Vorsitzender Corinna Thulke ein. Es ist ein kooperatives Miteinander zum Wohle aller Mitarbeitenden.

Ebenso ist der **Feuerwehr** an dieser Stelle wieder ausdrücklich Dank zu sagen. Der einzige Fachdienst der Stadtverwaltung, der ehrenamtlich arbeitet. Ich bin froh, dass

wir so aktive Kameradinnen und Kameraden haben, auf die wir uns unter Führung der Stadtbrandinspektoren verlassen können. Zahlreiche, zum Teil äußerst belastende Einsätze haben dieses wieder bewiesen. Machen wir uns an die Arbeit, den Bedarfs- und Entwicklungsplan in der Dezembersitzung zu beschließen, wir brauchen ihn dringender denn je. Die Ausstattung der Feuerwehr ist gut, und das ist richtig und wichtig. Auch in die Einsatzfahrzeuge wird laufend investiert, wie Sie bereits gehört haben. Die weiteren Gebäudefragen müssen wir unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit und Finanzierbarkeit abarbeiten.

Zweifelsohne ist auch Ihnen als ehrenamtlich Tätige im abgelaufenen Jahr viel abverlangt worden, es gab häufig lange Sitzungen mit zahlreichen Tagesordnungspunkten, die aber schlussendlich immer zu guten Ergebnissen geführt haben. Die neuen Gremien hatten bei dieser Aufgabenfülle überhaupt keine Zeit zum Einarbeiten, aber im kalten Wasser lernt man bekanntlich am besten Schwimmen.

Mein Dank gilt damit auch den neuen Mitgliedern dieses Hauses, dass Sie diese Zeit auf sich genommen haben, das ist nicht selbstverständlich.

Und in jede gute Haushaltsrede gehört mehrfach das Lob und der Dank für die **„Diemelstädter Verhältnisse“**. Diese haben uns so stark gemacht, wie wir sind, bewahren Sie diese Tugend. Auch deswegen komme ich jeden Tag gerne nach Diemelstadt und die Arbeit macht mir viel Spaß.

Die Zahlen, die ich Ihnen heute vorgestellt habe, machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, steigende Pflichtausgaben, höhere Umlagen und eine unsichere Einnahmeentwicklung begrenzen unsere finanziellen Möglichkeiten zunehmend. Gleichzeitig verfügen wir mit den in den vergangenen Jahren geschaffenen Infrastrukturen und den Erlösen aus der Entwicklung des Gewerbeparks Steinmühle noch über Handlungsspielräume, die wir verantwortungsvoll nutzen müssen. Diese Ausgangslage ist ein Vorteil, aber kein Grund, nicht weiterhin konsolidierend zu handeln.

Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit Diemelstadt auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen, notwendige Investitionen tätigen und ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleiben kann.

Dafür brauchen wir eine bessere und verlässlichere Finanzierung unserer kommunalen Aufgaben durch Bund und Land. Und wir brauchen zugleich die Bereitschaft, unsere eigenen Ausgaben konsequent zu prüfen, Prioritäten zu setzen und auch schwierige Entscheidungen gemeinsam zu tragen.

Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgabe bewältigen können, wenn wir die Probleme offen benennen, sachlich beraten und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, nach vorheriger Beratung im Haupt- und Finanzausschuss die Beratung und Beschlussfassung in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres am 18. Dezember vorzunehmen und weise nochmals darauf hin, dass im ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan die wesentlichen Veränderungen erläutert wurden, so dass sie jeder nachlesen kann.

Gerne werde ich gemeinsam mit meiner Büro- und Fachbereichsleitung Finanzdienste den Haushalt in Ihren Fraktionssitzungen wieder ausführlich vorstellen und für Fragen zur Verfügung stehen.

Haushaltsplan und -rede werden morgen früh in das Gremienportal eingestellt.

Die Erstellung dieses Haushaltsplans war erneut mit einer Menge Arbeit verbunden. Ich darf mich an dieser Stelle bei den beteiligten Mitarbeitenden aller Fachbereiche - insbesondere dem federführenden Fachbereich Finanzdienste und hier insbesondere bei Jörg Romberger, Christian Hübel und Franziska Prang für ihren überdurchschnittlichen Einsatz unter weiter deutlich erschwerten Bedingungen recht herzlich bedanken.

Und auch bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats, hier besonders bei meinem neuen Vertreter im Amt Ersten Stadtrat Rainer Runte, aber auch noch einmal bei dessen langjährigem

Vorgänger Dieter Oderwald, den Ortsbeiräten und der Presse möchte ich mich für das gute Miteinander auch in diesem Jahr wieder bedanken.

Sehen Sie es mir bitte nach, dass diese Haushaltsrede in Form einer Grundsatzrede etwas umfangreicher ausgefallen ist als in den Vorjahren. Der Anlass hierfür ist durchaus gegeben - und vielleicht betrachten Sie meine Ausführungen auch als eine Art Halbzeitbilanz meiner bisherigen Wahlperiode, mit der Hoffnung verbunden, dass sich die finanzielle Situation in der zweiten Hälfte meiner Amtszeit wieder entspannt.

Ich empfehle Ihnen im Namen des gesamten Magistrats, der das Planwerk einstimmig aufgestellt hat, dem vorgelegten Haushaltsentwurf zuzustimmen und freue mich auf gute Beratungen zum Wohle der Stadt Diemelstadt.

Der Haushalt gilt somit als eingebracht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.